

Abreißkalender.

Es genügt nicht, daß eine Zeitung geschrieben und gedruckt wird, sie muß auch gelesen, und sie muß vor allen Dingen bezahlt werden.

Auf dem Weg von der Rotationspresse bis in die Hände des Abonnenten solat die Zeitung einem ähnlichen Prozeßus, wie das Wasser einer Leitung von der Druckpumpe bis zum Kranen.

Die einfachste Art, das Wasser der Leitung in die Häuser zu liefern und die Bezahlung dafür einzulassen, besteht noch immer darin, es durch Röhren zu führen, die in ihren Verzweigungen über den Spülsteinen und Waschbecken der einzelnen Haushalte münden, und in jedem Keller eine Uhr anzubringen, die den Wasserverbrauch registriert und die zuverlässigen Unterlagen für den Kassierungsdienst hergibt.

Mit der Zeitungsbestellung ist es in unserm Land bisher genau so. Die Post ist das Sammelbecken, von dem aus die Zeitungen durch Briefträgerleitungen über das ganze Land verbreitet werden.

Es ist noch niemanden eingefallen, in der Wasserverteilung durch Leitungen eine Änderung einzuführen, etwa vorzuschlagen, das Wasser müsse am Reservoir abgeholt und in Eimern an seine tausend Bestimmungsorte getragen werden.

Die Postverwaltung denkt anders. Sie erklärt, das Austragen der Zeitungen durch die Briefträger koste zuviel Geld, und wenn die Briefträger einmal die Zeitungen nicht mehr auszutragen bräuchten, werden einige Hunderttausender gespart.

In andern Betrieben gilt als Regel, daß der Nutzen mit der Beschäftigungsintensität wächst. Indes man kann nicht verlangen, daß die Post sich auf eine solche Regel einstelle.

Sie hat das staatliche Monopol für die Beförderung der sogenannten Postfachen. Das heißt, sie arbeitet ohne Konkurrenz. Sie kann ihre Preise nach Belieben festsetzen. Sie tut es, und nicht zu knapp. Sie behält von dem Abonnementspreis, den Du, lieber Leser, im Jahr bezahlst, mehr als ein Drittel für sich. Wir bezahlen Redaktions- und Echer- und Druckerpersonal, wir bezahlen das Papier, wir amortisieren alle Anlagen, wir verkaufen die Zeitung an das Publikum so billig wie nur möglich, und die Post nimmt für die einfache Verteilung mehr als ein Drittel des Bruttopreises für sich.

Sie findet, daß sie darauf noch nicht genug verdient. Sie findet, daß es für sie angenehm wäre, diesen Schönheitsfehler ihres Monopols auszumerzen und es den Verlegern anheimzugeben, sich selber einen Verteilungsdienst einzurichten.

Ich möchte wissen, wie sich die Folgen dieser Neuerung im Kopf der Postverwaltung malen.

Also der einzelne Verleger soll für seine Zeitung allein den Apparat beschaffen und unterhalten, den die Post dank ihrem Monopol für sämtliche Brief- und Paket- und Druckfachenendungen des ganzen Landes besitzt und von dem sie jetzt den angeblich unrentablen Teil abstreifen will. Diesen unrentablen Teil laß der

A
7. Abschaffung der Leitungs-
herstellung durch die Post.

Verleger nun unter enorm ungünstigeren Verhältnissen auf seine Jacke nehmen. Wie denkt sich die Post das wirtschaftliche Ergebnis? Nach ihrem Kalkül müßte der Verleger an diesem Bettelb, den sie nicht einmal im Rahmen ihres Gesamtmonopols rentabel zu gestalten vermag, unfehlbar zugrunde gehen.

Natürlich wäre diese Annahme ebenso falsch wie die Rentabilitäts- oder Unrentabilitätsberechnung der Post.

Die Verleger werden, der Not gehorchend und wenn ihnen die Post den Hals zudrehen sollte, für die Verteilung sorgen und den Beweis erbringen, daß sie trotz der Einengung auf den winzigen Wirkungskreis ohne Verlust — ohne den von der Post errechneten Verlust möglich ist.

Dann aber wird sich mit zwingender Logik folgende Schlussfolgerung ergeben: Wenn die Privatwirtschaft den angeblich unrentabelsten Teil des Postmonopols in ihren Betrieben rentabel und zuverlässig gestalten kann, dann wäre es Unsinn, die Post mit den andern, motorisch nutzbringenden Teilen weiterwursten zu lassen, denn dann wäre der Beweis erbracht, daß die Abschaffung des ganzen Postmonopols für die Gesamtheit eine Millionen-Ersparnis bedeuten würde.

Dimanche 15.5.1927